

Protokoll

Plenarsitzung

11. September 2025, 16.00 Uhr

Vorsitz: Präses Prof. Aust

Tagesordnung

1. Genehmigung der Tagesordnung
2. Berichte
 - a) Berichte des Präsidiums
 - b) Berichte der Hauptgeschäftsführung
 - c) Berichte aus den Ausschüssen
 - d) Aktuelles aus der Mitte des Plenums
3. Vortrag aus der Mitte des Plenums: Marquard & Bahls – Ein Familienunternehmen im Wandel
4. Beschluss über die zweite Änderung des Finanzstatuts der Handelskammer Hamburg
5. Beschluss über die Übertragung der Zuständigkeit für das Weiterbildungsstipendium der IHK Hannover auf die Handelskammer Hamburg
6. Bericht zum Ausbildungsmarkt: Zahlen – Daten – Fakten
7. Impulse für eine Stärkung der Metropolregion Hamburg
8. Verschiedenes

Anwesend:**Plenarmitglieder:**

Herr Präses Prof. Aust;

Frau Vizepräses Haug, Herren Vizepräsidenten, Dr. Oesterhelweg, Schiebur, Schneider;

Frau Ahlers, Frau Beckmann, Herr Bender, Frau Bohl, Herr Dr. Castan, Frau Dr. Faerber, Herren Fischer-Appelt, Franzen, Gloy, Göttlich, Haderer, Harders, Frau Helms, Frau Kiel, Herren Dr. Killinger, Koopmann, Frau Lamp, Herr Meyer, Frau Nack, Herr Dr. Pfannenschmidt, Frau Reimer, Frau Schmäh, Herren Schryver, Schulz, Frau Schwarz, Frau Teichmann, Frau Walker, Herr Wiegert, Frau Willhoeft de Brito, Herren Dr. Witte, Woermann;

Dauerhafte Gäste:

Herren Enkerts, Dr. Kruse, Frau Wendt-Heinrich;

Aus dem Hauptamt:

Herren Dr. Heyne, Gleissner, Grams, Frau Hastedt, Herren Dr. Henze, Koch, Kwarteng, Frau Lach, Herren Le Cerf, Mansutti, Frau Offen, Frau Oginski, Frau Dr. Putz, Herren Siebrand, Dr. Süß, Frau Thees, Herren Troeder, Ulrich, Kristoffersen (Protokoll);

Entschuldigt fehlen:**Plenarmitglieder:**

Herren Vizepräsidenten Kloth, Schnabel;

Frau Dr. Bornheim, Herren Dr. Buhck, Ederhof, Dr. Esser, Faber, Grüber, Hansen, Frau Harbs, Herren M. Heinemann, R. Heinemann, Hellwig, Kallis, Frau Dr. Kunicki, Herren Lehmann, Lintzen, Frau Nissen-Schmidt, Frau Schirmann, Herren Schmelzer, Seifert, Stacklies, Frau Stüdemann, Herren Vatter, von Bülow, Frau Warning, Frau Weirauch, Herren Wulff, Zippel;

Dauerhafte Gäste:

Herren Albrecht, Kurth, Frau Wedemann;

Herr Präses Prof. Aust eröffnet die Plenarsitzung und begrüßt die Teilnehmenden.

TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung

Herr Präses Prof. Aust stellt fest, dass keine Wortmeldungen zur aktuellen Tagesordnung vorliegen, die damit genehmigt sei.

Das Plenum beschließt die Tagesordnung in vorliegender Version.

TOP 2: Berichte

a) Berichte des Präsidiums

Herr Präses Prof. Aust blickt auf das Sommerfest der Hamburger Wirtschaft zurück, das im „Alten Mädchen“ gefeiert wurde, und hebt die Bedeutung des Austauschs und der Vernetzung hervor. Er kündigt das nächste Sommerfest für den 2. Juli 2026 an.

Aus aktuellem Anlass spricht Herr Präses Prof. Aust das Thema Klimaschutz an. In den vergangenen Jahren sei wiederholt eine Verbindung von Klimaschutz und Wettbewerbsfähigkeit als wesentliche Säule der Standortstrategie „Hamburg 2040“ definiert und – unter anderem auf Basis unserer Zusammenarbeit mit der OECD – im Februar dieses Jahres der Standpunkt „Hamburg Net zero – Auf dem Weg zur Klimaneutralität die Wettbewerbsfähigkeit stärken“ beschlossen worden. Die Initiative setze auf unternehmerisches Engagement und technologische Innovation. Am 12. Oktober gebe es einen Volksentscheid über ein verschärftes Klimaschutzgesetz, den sogenannten Hamburger Zukunftsentscheid. Die Bewerbung und auch die öffentliche Diskussion um diesen Volksentscheid gingen jetzt in die heiße Phase, in diesen Tagen würden die entsprechenden Wahlunterlagen verschickt. Mit großer Irritation sei festgestellt worden, dass die Initiatoren des Volksentscheids sich in ihren mit versendeten Publikationen an mehreren Stellen auf die Handelskammer Hamburg beziehen und – wider besseren Wissens – den Eindruck suggerieren, die Handelskammer Hamburg unterstütze die Anliegen der Volksinitiative. Herr Präses Prof. Aust stellt klar, dass die Handelskammer Hamburg nicht Unterstützerin des Zukunftsentscheids sei. Die Vorschläge und Fahrpläne im vom Plenum beschlossenen Standpunkt für einen klimaneutralen und vor allem wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort unterschieden sich fundamental vom dirigistischen Ansatz der Volksinitiative.

Herr Präses Prof. Aust nennt dabei drei zentrale Beispiele:

1. Die Handelskammer Hamburg als Gesamtvertretung der Wirtschaft beziehe sich in ihren Impulsen ausschließlich auf den Wirtschaftsstandort nicht auf die gesamte Stadt, wie die Volksinitiative.
2. Die Handelskammer Hamburg habe gemeinsam ein strategisch motivierendes Ziel für den Wirtschaftsstandort formuliert, weil in der Verbindung von Klimaschutz und Wettbewerbsfähigkeit Zukunftschancen für unseren Standort gesehen werden. Der Wirtschaftsstandort solle im Saldo so schnell wie möglich klimaneutral sein, wobei einige Unternehmen dieses Ziel früher, andere später als 2040 erreichen können. Eine starre gesetzliche Verankerung des Zieljahres 2040 im Hamburger Klimaschutzgesetz mit

kleinteiligen, linearen jährlichen Einsparzielen für einzelne Sektoren lehne die Handelskammer ab.

Für große Verunsicherung in der Hamburger Wirtschaft und potentiellen wirtschaftlichen Schäden werde das Ansinnen des Volksentscheids führen, dass der Senat bei Nicht-Einhaltung von Jahres-Sektorzielen sogenannte Sofortmaßnahmen verhängen solle, die in Betriebsschließungen münden könnten.

3. Die Handelskammer Hamburg verfolge einen ganz anderen Ansatz. Sie setze auf unternehmerische Initiative und technologische Innovation. Ein Korsett aus noch mehr Bürokratie und starren Regulierungen schmälere nach unserer Auffassung dagegen die Chancen auf schnellere Dekarbonisierung.

Herr Präses Prof. Aust führt weiter aus, dass einzelne Unternehmen diese Initiative öffentlich unterstützen. Das respektiere die Handelskammer Hamburg selbstverständlich. Das Gesamtinteresse der Hamburger Wirtschaft in ihrer Breite jedoch ein Anderes sei. Die Initiatoren des Volksentscheids versuchten in den versendeten Wahlunterlagen den Eindruck zu erwecken, als wäre die Handelskammer Hamburg als Gesamtinteressenvertretung von 180.000 Mitgliedsunternehmen Unterstützerin des so genannten „Hamburger Zukunftsentscheids“.

Herr Präses Prof. Aust kündigt an, dass die Initiatoren des Volksentscheids sehr deutlich aufgefordert würden, künftig diese irreführende Kommunikation zu unterlassen.

Herr Präses Prof. Aust betont, dass es nicht das Ziel sei, in eine öffentliche Debatte rund um den Volksentscheid hineingezogen zu werden. Nach intensiver Diskussion im Präsidium sei man sich aber einig, dass man den Mitgliedsunternehmen gegenüber einer Klarstellung zu den versendeten, irreführenden Unterlagen der Volksinitiative schuldig sei. In der Folge müsse sich die Handelskammer Hamburg auch in der öffentlichen Diskussion notgedrungen klar abgrenzen.

b) Bericht der Hauptgeschäftsführung

Herr Dr. Heyne berichtet über den Auftakt der Veranstaltungsreihe „Handelskammer Hamburg on Tour“ am 16. Juli in den Zeisehallen in Altona. Über 650 Gäste aus Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Politik und Gründerszene hätten teilgenommen. Das Ziel, direkt vor Ort im Stadtteil mit Mitgliedern ins Gespräch zu kommen, sei voll erreicht worden.

Herr Dr. Heyne erläutert, dass das Programm sowohl Panel-Talks zu Themen wie der Zukunft Altonas, Kreativwirtschaft, Change-Management und Klimaneutralität als auch praxisorientierte Workshops zu Künstlicher Intelligenz, Social Media und Digitalisierung umfasst habe. Ergänzt worden sei das Angebot durch Beratungen zu Gründung und Finanzierung. Den Abschluss der Veranstaltung habe ein gut besuchtes Afterwork mit Musik, Fingerfood und Netzwerkgesprächen gebildet.

Herr Dr. Heyne hebt hervor, dass die Veranstaltung hohe Zufriedenheit und Sichtbarkeit erzielt habe – unter anderem fast 40.000 Impressionen auf LinkedIn – und zahlreiche positive Rückmeldungen über Medienkooperationen, Feedback-Umfragen und soziale Medien

eingegangen seien. Er betont, dass die Veranstaltungsreihe fortgesetzt werde und die zweite Ausgabe im Frühjahr 2026 geplant sei.

Herr Dr. Heyne lädt das Plenum zu der Informations- und Diskussionsveranstaltung zur Hamburger Olympiabewerbung am 18. September 2025 um 17:30 Uhr im Forum der Handelskammer ein. Herr Dr. Heyne erklärt, dass Sportsenator Andy Grote das Bewerbungskonzept vorstellen werde und die Chancen einer Olympiabewerbung für den Standort diskutiert werden sollen. Weitere Teilnehmende seien Oke Göttlich, Peter Merck, Edina Müller und Berit Schmitz.

Herr Dr. Heyne berichtet über den Abstimmungsbedarf zwischen Denkmalschutzamt und Unternehmen im Hinblick auf Klimaschutzmaßnahmen. Das Denkmalschutzamt habe ein Gespräch mit der Handelskammer Hamburg und betroffenen Unternehmen angeregt. Die Veranstaltung sei für den 24. September 2025 von 13:00 bis 14:00 Uhr geplant. Teilnehmende sollten im Vorfeld Erfahrungen mit Genehmigungshemmnissen mitteilen.

Zudem informiert Herr Dr. Heyne über die nächste Sitzung der „Runde der Ausschussvorsitzenden“ am 24. September 2025 von 16:00 bis 18:00 Uhr im Hanse-Zimmer. Er dankt den Vorsitzenden für ihr Engagement im vergangenen Jahr und betont die Gelegenheit, zurückzublicken und die zukünftige Arbeit zu planen.

c) Berichte aus den Ausschüssen

Frau Vizepräsidentin Haug, Herr Vizepräsident Schneider und Frau Teichmann berichten über die Arbeit sowie die Ergebnisse einer ausschussübergreifenden KI-Arbeitsgruppe mit drei Untergruppen: „KI und Fachkräfte“, „KI und Bildung“ sowie „KI und Unternehmen“. Dabei sei deutlich geworden, dass KI kein reines IT-Tool sei, sondern kurz-, mittel- und langfristig auf alle Unternehmens- und Gesellschaftsprozesse wirke. Insofern sei KI die Grundlage künftiger Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen sowie des gesamten Standortes. Die Auswirkungen auf Bildung und Qualifizierung seien z.B. im Rahmen einer Handelskammer-Veranstaltung "KI trifft Talent - die Revolution der Arbeitswelt beginnt jetzt" in Juni beleuchtet worden. Als Arbeitsgruppenergebnisse seien erste Ideen z.B. für ein CEO-Leadership-Event, für den KI-Roundtable zur Unterstützung von KMUs bei der KI-Nutzung, für KI-Workshops in den 7. Klassen der allgemeinbildenden Schulen sowie für Schüler-Praktikumsangebote von Unternehmen mit Schwerpunkt KI entwickelt worden.

In der anschließenden Diskussion wird deutlich, dass in Unternehmen das Interesse an KI zwar wachse, gleichzeitig aber Unsicherheiten bei rechtlichen Fragen und Mitbestimmung bestünden. Die informelle Nutzung von KI-Tools („Schatten-KI“) zeige den Bedarf an klaren Leitlinien. Die Handelskammer habe ein KI-Team eingerichtet, das rechtlich Beratung und praxisnahe Hilfestellungen anbiete. Ziel sei es, Führungskräfte zu befähigen und den Einsatz von KI strategisch voranzutreiben. Zum Hinweis, dass es zum Teil bereits KI- und IT-Workshops für Schülerinnen und Schüler gäbe und zur Frage, ob die entwickelten Arbeitsgruppenideen auch dem tatsächlichen Bedarf der Schulen entsprechen würden, erläutert Herr Grams, dass diesbezüglich in Kürze ein erstes Abstimmungstreffen mit der Schulbehörde stattfinden werde.

d) Berichte aus der Mitte des Plenums

Herr Präses Prof. Aust stellt fest, dass keine Wortmeldungen aus der Mitte des Plenums vorliegen.

TOP 3: Vortrag aus der Mitte des Plenums: Marquard & Bahls – Ein Familienunternehmen im Wandel

Herr Dr. Witte stellt die Entwicklung der Marquard & Bahls AG dar. Das 1947 gegründete Familienunternehmen habe seit 2018 eine tiefgreifende Transformation durchlaufen und sich von weniger zukunftsfähigen Bereichen getrennt. Heute umfasse das Portfolio die Gesellschaften MB Energy, Advorio, OT America sowie das philanthropische Babanango Game Reserve in Südafrika.

Mit MB Energy bündele Marquard & Bahls sein Energiegeschäft – von Import, Lagerung und Vertrieb von Erdölprodukten, Flüssiggas, Chemikalien und Biokraftstoffen bis hin zu neuen Lösungen in den Bereichen Ammoniak, Methanol und Wasserstoff. Im Hamburger Hafen betreibe das Unternehmen zwei große Tankterminals und plane ein Ammoniak-Importterminal. Herausforderungen bestünden u.a. in fehlender Abnahmenachfrage der Industrie sowie in der Fachkräftegewinnung, die sich im Tanklagerbereich im Vergleich zu Rotterdam schwieriger gestalte.

Das Babanango Game Reserve in Zululand sei 2018 gegründet worden und sei das größte Renaturierungsprojekt Südafrikas. Seit 2023 gehöre es zum Portfolio von Marquard & Bahls. Ziel sei der Biodiversitätsschutz und die nachhaltige Entwicklung der Region.

TOP 4: Beschluss über die zweite Änderung des Finanzstatuts der Handelskammer Hamburg

Herr Ulrich bringt den Beschlussvorschlag zur zweiten Änderung des Finanzstatuts der Handelskammer ein. Vorgesehen sei einerseits eine Erweiterung des Verweises in § 15 Abs. 1 um den § 257 HGB zu Aufbewahrung und Aufbewahrungsfristen. Ferner solle § 15a Abs. 2 des Finanzstatuts dahingehend geändert werden, dass die Handelskammer eine Ausgleichsrücklage nicht zu bilden „habe“, sondern nur bilden „solle“. Hintergrund der Änderung sei, dass die Handelskammer in den vergangenen Jahren auf die Bildung einer allgemeinen Ausgleichsrücklage verzichtet und stattdessen eine Bau- und Instandhaltungsrücklage gebildet habe, um dem Sanierungsstau im Handelskammergebäude begegnen zu können. Das „soll“ in Bezug auf die Bildung einer allgemeinen Ausgleichsrücklage artikuliere ein intendiertes Ermessen, ohne, dass daraus eine starre Pflicht der Kammer entstehe.

Zudem werde § 18 Abs. 4 des Finanzstatus marginal sprachlich überarbeitet. Schließlich solle die Darstellung von Erfolgsplan und Erfolgsrechnung in den Anlagen an § 275 HGB angepasst werden, so dass ein außerordentliches Ergebnis nicht mehr gesondert ausgewiesen werde, was auch Änderungen im Finanzplan, in der Finanzrechnung und im Kontenplan nach sich ziehe.

Das Plenum beschließt mit 34 Ja-Stimmen, zwei Enthaltungen und keiner Gegenstimme die Zweite Änderung des Finanzstatuts der Handelskammer Hamburg gemäß den vorgelegten Unterlagen.

TOP 5: Beschluss über die Übertragung der Zuständigkeit für das Weiterbildungsstipendium der IHK Hannover auf die Handelskammer Hamburg

Herr Grams erläutert das seit 1991 bestehende Förderprogramm der Bundesregierung über die Stiftung Begabtenförderung berufliche Bildung (SBB), das besonders leistungsfähige Absolventinnen und Absolventen der dualen Berufsausbildung unterstütze. Die Fördersumme betrage 9.135 Euro pro Stipendiat über drei Jahre, die für berufliche Weiterbildung eingesetzt werden können. Die Handelskammer Hamburg betreue bereits rund 300 Hamburger und 150 Bremer Stipendiatinnen und Stipendiaten, einschließlich Beratung, Auswahl, Aufnahme, Auszahlung sowie Abrechnung gegenüber der SBB. Die Handelskammer Bremen hätte die Aufgabe bereits im vergangenen Jahr auf die Handelskammer Hamburg übertragen.

Zur Abstimmung stehe die Übernahme der Betreuung von rund 400 Stipendiatinnen und Stipendiaten der IHK Hannover ab dem 15. Oktober 2025. Dies sei ein weiterer Schritt in einem bundesweiten Konzentrationsprozess und würde die Rolle Hamburgs als Kompetenzzentrum für das Weiterbildungsstipendium stärken. Zugleich könnten Synergien bei Information, Veranstaltungen, Schulungen, Datenverarbeitung und Abrechnung geschaffen werden.

Auf die Frage, ob die Übernahme – analog der Handelskammer Bremen – mit einer Aufwandsentschädigung verbunden sei, bestätigt Herr Grams, dass dieselbe Vergütung in Höhe von 135 Euro pro Stipendiat/-in angestrebt werde.

Das Plenum beschließt einstimmig mit 36 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung und keiner Gegenstimme das Hauptamt zu beauftragen, mit der IHK Hannover eine Vereinbarung zu schließen, die die Übernahme der Zuständigkeit und Betreuung des Weiterbildungsstipendiums der Stiftung Begabtenförderung berufliche Bildung von der IHK Hannover durch die Handelskammer Hamburg zum 15. Oktober 2025 regelt.

TOP 6 Bericht zum Ausbildungsmarkt: Zahlen – Daten – Fakten

Herr Grams berichtet von einer höheren Zahl neu eingetragener Ausbildungsverträge gegenüber dem Vorjahr. Dieser Anstieg sei teilweise auf Systemumstellungen zurückzuführen, bleibe aber auch bereinigt bestehen. Gleichzeitig würden viele Ausbildungsplätze unbesetzt bleiben, da die Zahl der bei der Agentur für Arbeit gemeldeten Lehrstellen die Zahl der registrierten Bewerberinnen und Bewerber deutlich übersteige. Insofern steige die Zahl der Unternehmen, die nicht alle ihre Ausbildungsplätze besetzen können. Rund 70 % aller dualen Ausbildungsverträge in Hamburg würden bei der Handelskammer registriert, der Rest bei der Handwerkskammer, den Kammern der freien Berufe und sonstigen „zuständigen Stellen“.

Seit 2007 sei ein langfristiger Rückgang der abgeschlossenen Ausbildungsverträge zu beobachten. Gründe hierfür seien einerseits rückläufige Bewerberzahlen aufgrund demografischer Entwicklungen, eines hohen Abiturientenanteils in Hamburg mit einhergehender großer Studienneigung sowie einem kleiner werdenden Anteil einpendelnder Auszubildender aus anderen Bundesländern. Letzteres liege u.a. auch am Mangel an bezahlbarem Wohnraum in Hamburg. Andererseits sinke auch das Ausbildungsplatzangebot, da die aktuelle Wirtschafts- und Konjunkturschwäche inzwischen auf dem Arbeits- und

Ausbildungsmarkt ankomme. Weiterhin würden Betriebe auch andere Wege der Fachkräftegewinnung wählen (z.B. mehr duale Studierende), da sie keine bzw. keine geeigneten Bewerberinnen und Bewerber für ihre Ausbildungsplätze fänden. Dies leite auf den

dritten Grund für langfristig rückläufige Ausbildungsvertragszahlen hin: Einerseits stimmten die Berufswünsche auf der Bewerberseite nicht mit den angebotenen Lehrstellen überein. Andererseits offenbarten viele Bewerberinnen und Bewerber aus Betriebssicht erhebliche Defizite bei grundlegenden Kompetenzen von Schulabgängerinnen und -abgängern. Neben schulischen Basiskenntnissen bemängelten Unternehmen häufig Defizite im Arbeits- und Sozialverhalten von Bewerberinnen und Bewerbern.

Trotz eines deutlichen Lehrstellenüberhangs auf dem Hamburger Ausbildungsmarkt, tauche in der politischen Diskussion häufig die Forderung nach einer Ausbildungsplatzabgabe bzw. einer Ausbildungsumlage auf mit dem Ziel, die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze zu erhöhen. In Bremen sei eine solche Abgabe eingeführt worden. Demnach müssten ausbildungsfähige Unternehmen, die nicht ausbilden, eine Abgabe entrichten und Betriebe, die über Bedarf ausbilden, würden eine finanzielle Unterstützung erhalten. Dieses Modell sei jedoch stark umstritten, nicht zuletzt, da es einen sehr hohen bürokratischen Aufwand mit sich brächte.

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich die Herren Fischer-Appelt, Koopmann, Dr. Pfannenschmidt, Schryver und Frau Walker. Es wird vermutet, dass die tatsächlichen Ausbildungsplatzzahlen höher seien, als die bei der Arbeitsagentur gemeldeten Zahlen. Herr Grams bestätigt, dass der Einschaltungsgrad der Arbeitsagentur geschätzt bei 70 Prozent läge. Er ermutigt die Ausbildungsbetriebe deshalb, ihre freien Ausbildungsplätze möglichst immer auch bei der Arbeitsagentur zu melden. Auf die Frage, ob ein finanzieller Zuschuss für Betriebe, die über Bedarf ausbilden würden, gerechtfertigt sei, müsse entgegnet werden, dass die Unternehmen bei der dualen Berufsausbildung in Deutschland eine große Verantwortung tragen würden und dafür ihre zukünftigen Fachkräfte passgenau ausbilden könnten. Dies sei in anderen Ländern nicht der Fall, wo berufliche Ausbildungssysteme in der Regel vom Staat gesteuert würden und die Absolventinnen und Absolventen mit ihren Kompetenzen häufig nicht den Anforderungen der Betriebe entsprechen würden. Deshalb bestehe in Deutschland Konsens, dass die duale Berufsausbildung eine Investition in zukünftige Fachkräfte sei, die sich betriebswirtschaftlich möglicherweise erst später rechne.

In der weiteren Diskussion werden Studiaussteigerinnen und Studiaussteiger als interessante Zielgruppe für die duale Berufsausbildung genannt. Herr Grams erläutert, dass diese Zielgruppe im kommenden Jahr durch die Handelskammer-Berufsorientierungsaktivitäten verstärkt ins Auge genommen werde und geplant sei, direkt auf die Studienberatungseinrichtungen der Hochschulen zuzugehen. Ein gutes Beispiel sei eine entsprechende Kooperation zwischen Airbus und der Technischen Universität Hamburg. Aufgeworfen wird auch die Frage, inwieweit Künstliche Intelligenz zum Rückgang an Ausbildungsplätzen beitrage. Dies sei bislang noch nicht zu beobachten.

Auf die Frage, wie Ausbildungsgänge und -abschlüsse attraktiver benannt und gestaltet werden könnten, antwortet Herr Grams, dass derzeit Doppelabschlüsse von Aus- und Fortbildungen in der Praxis erprobt würden. Im Übrigen hießen Abschlüsse der Höheren Berufsbildung (Fortbildungen zu Fachwirten, Meistern, Betriebswirten etc.) inzwischen „Bachelor Professional“ und „Master Professional“.

TOP 7 – Impulse für eine Stärkung der Metropolregion Hamburg

Herr Siebrand hebt hervor, dass die Metropolregion Hamburg als einzige in Deutschland vier Bundesländer umfasse. Sie zähle rund 5,5 Millionen Einwohner, erwirtschafte ein BIP von 280 Milliarden Euro und sei damit ein wesentlicher Wirtschaftsraum. Erklärtes Ziel der Metropolregion sei es, Zukunftschancen zu verbessern, Wettbewerbsfähigkeit und Sichtbarkeit zu steigern sowie den Zusammenhalt zu fördern. Dafür brauche es gemeinsame Strategien, einen institutionalisierten Austausch und konkrete Kooperationsprojekte.

Mit der MRH-Zukunftsagenda sei auf Empfehlung der OECD, die der Metropolregion Hamburg 2019 gegenüber anderen Regionen in Deutschland deutliche Defizite attestiert hatte, ein ambitioniertes Programm gestartet worden. Es umfasse unter anderem die Entwicklung einer Innovationsstrategie, die Gründung einer Innovationsagentur, die Profilierung der Region als Standort für erneuerbare Energien und grünen Wasserstoff sowie den Ausbau von Wissenschafts- und Innovationsparks. Auch Themen wie Mobilität, Wohnungsmarkt, Fachkräftesicherung, Digitalisierung im Verkehrsmanagement und gemeinsame Marketing- und Tourismusstrategien seien Teil der Agenda.

Als erste Erfolge nennt Herr Siebrand neue Prioritäten auf Spitzenebene, gezieltere Ressourcenvergabe sowie die Anbahnung zentraler Projekte wie Reallabore und Innovationsagentur. Allerdings sei damit der von der OECD konstatierten Fragmentierung der Metropolregion noch nicht wirksam entgegengewirkt. Für die Zukunft gehe es darum, Strukturen zu verschlanken, klare Zuständigkeiten zu schaffen und konkrete Standortvorteile für die Wirtschaft zu entwickeln. Zentral für den Erfolg sei eine deutlich stärkere Unterstützung der Aktivitäten auf Ebene der vier Ministerpräsidenten.

In der Diskussion, an der sich Herr Dr. Killinger und Frau Wendt-Heinrich beteiligen, wird betont, dass der Senat die Metropolregion bislang nicht ausreichend im Blick habe. Um Fördermittel für Infrastrukturprojekte effektiv zu sichern, müsse das Thema stärker in der politischen Spitze verankert werden, da die gesamte Region – etwa die Logistikbranche – von diesen Projekten profitiere.

TOP 8: Verschiedenes

Zum Abschluss weist Herr Präses Prof. Aust darauf hin, dass die Handelskammer Hamburg am 14. World Chambers Congress teilgenommen habe. Bei diesem internationalen Treffen seien rund 1.000 Kammer- und Wirtschaftsvertreter aus mehr als 100 Ländern zusammengekommen, um über die großen wirtschaftlichen Zukunftsfragen zu diskutieren. Ein besonderer Höhepunkt sei die World Chambers Competition 2025 gewesen, bei der die Bewerbung „Hamburg Net-Zero 2040“ das Finale erreichte. Am Ende habe es zwar nicht ganz zum Sieg gereicht – die gastgebende Kammer hätte die öffentliche Abstimmung gewonnen – doch der zweite Platz und das große internationale Interesse zeigten deutlich, dass mit „Hamburg Net-Zero“ ein Ansatz verfolgt werde, der Modellcharakter habe.

Herr Präses Prof. Aust zieht das Fazit, dass die Strategie „Hamburg Net-Zero 2040“ eindrucksvoll belege, wie verantwortungsvolles Handeln und wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit Hand in Hand gingen – in Hamburg und weltweit.

Die nächste Plenarsitzung findet am Donnerstag, den 6. November 2025 um 16.00 Uhr statt.

Die Sitzung wird um 18.00 Uhr geschlossen.

Hamburg, 23. September 2025

Prof. Norbert Aust
Präses

Dr. Malte Heyne
Hauptgeschäftsführer